



Privatisierter Sozialstaat

Ökonomisierung der Wohlfahrt hat fatale Folgen

VON ARMIN JELENIK

Erinnern Sie sich noch? Früher gehörten die bunten Wohlfahrtsmarken zum festen Inventar jedes gut sortierten Schreibtisches. Die Briefmarken, für die man ein paar Cent mehr bezahlte und damit einen guten Zweck unterstützte, gibt es zwar immer noch – am 4. Februar hat der Bundespräsident die aktuelle Edition vorgestellt. Doch von Bedeutung sind die Postwertzeichen schon lange nicht mehr. Und das nicht nur, weil man heute E-Mails statt Briefe schreibt. Unser Sozialstaat ist spätestens seit den 90er Jahren zu einem Multi-Milliarden-Euro-Markt geworden. Mit Centbeträgen gibt sich hier niemand mehr zufrieden. Wo früher vor allem gemeinnützige Wohlfahrtsverbände das Bild bestimmten, agieren heute immer öfter auch profitorientierte Konzerne. Gewinn und Verlust sind die Kennzahlen auf diesem Markt – und nicht mehr die christlichen und humanistischen Werte, denen sich Diakonie, Caritas oder Rotes Kreuz einst verschrieben. Diese Privatisierung und Durchökonomisierung eines der sensibelsten Bereiche unserer Gesellschaft hat verheerende Folgen gehabt. Und der 100. Geburtstag der Arbeiterwohlfahrt (siehe Seite 3) muss Anlass sein, darüber nachzudenken, ob wir den Menschen, die unseres Sozialstaates bedürfen, mit dieser Weichenstellung tatsächlich etwas Gutes getan haben. Natürlich wäre die Gleichung „gemeinnütziger Wohlfahrtsverband ist gleich gute soziale Arbeit, privater Investor ist gleich Gewinnmaximierung auf Kosten Armer“ viel zu einfach. Auf beiden Seiten

gibt es viele engagierte Mitarbeiter und innovative Ideen. Und früher, als die Wohlfahrtsverbände alleine dieses Feld beackerten, war auch nicht alles besser. Aber die Frage, ob und in welchen Grenzen es zulässig ist, mit der Not von Menschen Gewinne erwirtschaften zu wollen, muss endlich gestellt werden – gerade in einem Gemeinwesen, in dem die Solidarität mit den Schwächeren Verfassungsrang genießt.

Gewaltige Verwüstungen

Denn die Verwüstungen, die nach inzwischen 30 Jahren teilprivatisierten Sozialstaates allorten zutage treten, sind gewaltig. Das fängt bei den untragbaren Zuständen in der Alten- sowie Krankenpflege an und hört bei Angeboten wie Drogen- und Obdachlosenhilfe noch lange nicht auf. Dass zentrale Bereiche unserer staatlichen Fürsorge nur noch mit Hilfe privater Spender existieren können, weil sie für Investoren nicht lukrativ sind und der Staat kein Geld für sie übrig hat, ist ein Skandal. Das Versagen liegt dabei vor allem auf der staatlichen Seite und weniger auf jener der privaten Investoren. Wenn die Bundesländer den Bau von Krankenhäusern, Alten- und Pflegeheimen nicht mehr bezuschussen, braucht sich niemand zu wundern, dass die Wohlfahrtsverbände diesen Markt der privaten Konkurrenz überlassen müssen. Diese füllt dann eben die Lücken – solange am Ende der Gewinn stimmt.

✉ armin.jelenik@presenetz.de